



# Die Mittelmeerdimension der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

---

## Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:  
Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter  
Redaktion: Mag. Walter Matyas, Doris Washiedl  
Eigentümer, Verleger und Hersteller:  
Büro für Sicherheitspolitik des  
Bundesministeriums für Landesverteidigung  
Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien  
Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068  
Gestaltung: Doris Washiedl  
Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob  
Druck- und Reprostelle der Landesverteidigungsakademie Wien

Aktuelle Informationen zu Publikationen des Büros für Sicherheitspolitik und der Landesverteidigungsakademie finden Sie im Internet:

<<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/bsp/publikat.shtml>>

# Inhaltsverzeichnis

---

**Gustav E. Gustenau**

PROBLEMSTELLUNG UND HERAUSFORDERUNG _____	3
---	---

**Johann Frank, Vinzenz Kastner**

DIE MITTELMEERDIMENSION DER ESVP _____	5
1. Zentrale Akteure _____	5
1.1. Die MENA-Staaten _____	5
1.2. Die Beziehungen weiterer Organisationen zur Mittelmeerregion _____	6
2. Sicherheitspolitische Problemstellungen und Herausforderungen _____	7
2.1. Externe Probleme für die EU _____	7
2.2. Interne Probleme für die Mittelmeerpolitik der EU _____	9
3. Die Mittelmeerpolitik der EU _____	10
3.1. Der Barcelona-Prozess _____	11
3.2. Die Entwicklungen während der letzten EU-Ratspräsidentschaften _____	12
3.3. Der Optionenbericht _____	14
3.4. Die EU-Erweiterung in der Mittelmeerregion und ihre sicherheitspolitischen Auswirkungen _____	17

## **Problemstellung und Herausforderung**

Mit der expliziten Thematisierung der Mittelmeerdimension der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im Rahmen der Treffen der EU-Verteidigungsminister durch die spanische Präsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2002 kam eine Problemstellung auf die Agenda, die seit dem Beginn der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) weder eine konzeptive noch eine operationelle Konkretisierung erfahren konnte. Mehrere Entwicklungen eröffneten die Chance, dass sich die europäische Sicherheitspolitik nun dieser Thematik annehmen konnte: Zum einen übernahm mit Spanien ein Land die EU-Präsidentschaft, dessen unmittelbare Sicherheitsprobleme fast ausschließlich mit der mediterranen Gegenküste zusammenhängen. Zum anderen richtete sich infolge der Erweiterungsprozesse von EU und NATO nach Osten und Südosten sowie aufgrund der sich abzeichnenden dauerhaften Stabilisierung des Westbalkans der Blick verstärkt auf jene Regionen, die in weiterer Folge sicherheitspolitisch für Europa stetig an Bedeutung gewinnen werden. Nicht nur wurde die EU mit der anstehenden Erweiterung auch nach Süden um Malta und Zypern wie auch mit der Zuerkennung des Beitrittskandidatenstatus an die Türkei wesentlich „mediterraner“, sondern es betreffen auch viele jener Problemstellungen, die unter den Begriff „neue Gefahren und Herausforderungen“ subsumiert werden, gerade die Großregion Mittlerer Osten/Nördliches Afrika.

Wesentliche strategische Indikatoren – so etwa demographische, ökonomische, ökologische, soziale und politisch-ideologische Entwicklungen, aber auch die Proliferation von

Massenvernichtungswaffen, entsprechenden Technologien und Trägersystemen – weisen auch für die Region Nordafrika sehr deutlich auf die Gefahr gravierender politischer Verwerfungen mit dem Potenzial zu gewaltsamer Konfliktaustragung hin. Der Nahe und Mittlere Osten als aktuell größte Herausforderung für die Europäische Sicherheit und Nordafrika als zumindest potenzielles umfassendes Problem für Europa in den kommenden Jahrzehnten rufen nach einem adäquaten Engagement der EU, die sich zunehmend als sicherheitspolitischer Akteur begreift.

Mit der EMP beziehungsweise dem 1995 initiierten Barcelona-Prozess (BP) wählte die EU einen strategischen Ansatz, der in umfassender Weise den sicherheitspolitischen Problemstellungen dieser Großregion Rechnung tragen soll und vor allem auf Entwicklung eines kooperativen und partnerschaftlichen Verhältnisses der EU zu den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeeres setzt. Dominierte in den letzten Jahren im Bereich der Mittelmeerdimension der ESVP vor allem der Dialog auf den verschiedensten Ebenen, so gilt es jetzt, die identifizierten möglichen Bereiche der Zusammenarbeit wo erforderlich zu institutionalisieren und jedenfalls zu konkretisieren.

Österreich ist zwar kein Mittelmeeranrainer, aber es hat sich zum einen mit der Agenda der ESVP, deren fixer Bestandteil die mediterrane Dimension nun einmal ist, zu befassen, zum anderen ist Österreich wegen seiner Nähe zum Mittelmeer und vor allem zum Westbalkan von den jeweiligen sicherheitspolitischen Problemstellungen, die aus der mediterranen Region erwachsen, eher früher denn später betroffen. Nicht zuletzt im Hinblick auf die österreichische Vorsitzführung in der EU im Jahre 2006 erscheint die analytische und konzeptive Auseinandersetzung mit der gegenständlichen Thematik auch hierzulande erforderlich.

Generell dürfte die mediterrane Region, die aufgrund der Interdependenz der Konfliktursachen von verschiedenen Experten bereits um den Raum Mittlerer Osten bis hin nach Zentralasien erweitert beziehungsweise unter dem Oberbegriff „Greater Middle East“ subsumiert wird, zur strategischen Priorität der EU werden, wie dies auch im Entwurf zur Europäischen Sicherheitsstrategie („Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, Stand November 2003) des Hohen Repräsentanten für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, klar zum Ausdruck gebracht wird.

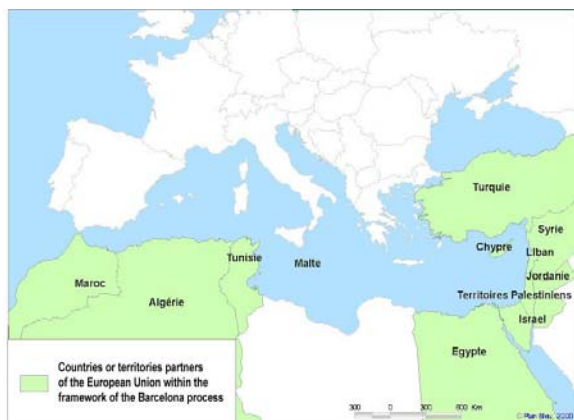
## Die Mittelmeerdimension der ESVP

### 1. Zentrale Akteure

#### 1.1. Die MENA-Staaten

Derzeit besteht ein Dialog der 15 EU-Mitglieder mit folgenden zwölf Staaten im Mittelmeerraum: Marokko, Algerien, Tunesien (den so genannten Maghrebstaaten), Ägypten<sup>1</sup>, der Palästinensischen Nationalbehörde, Israel, Jordanien, dem Libanon, Syrien (den so genannten *Mashrek*-ländern) sowie der Türkei, Zypern und Malta. Libyen genießt derzeit Beobachterstatus.

Abbildung 1



Quelle: <<http://www.planbleu.org/vanglaise/3-4a.htm>>

Zu einem der einflussreichsten Staaten im südlichen Mittelmeerraum zählt sicherlich zunächst *Israel* – aufgrund der wirtschaftlichen Beziehungen zu Europa sowie der speziellen politischen und militärischen Beziehungen zu den USA. Angesichts dieser Position ist es daher auch für die EU nicht leicht, allzu starken Druck auf die Parteien des arabisch-

israelischen Konfliktes auszuüben. Zu groß ist die Gefahr einer Parteinahme Brüssels, die dem überparteilichen Charakter der EU in der Mittelmeerdimension der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) extremen Schaden zufügen könnte. Dennoch ist Israel aufgrund seiner aktuellen Politik zunehmend isoliert. Israel tritt im Rahmen des Barcelona-Prozesses (BP)<sup>2</sup> wenig in Erscheinung und versucht vielmehr, durch bilaterale Beziehungen Einfluss auszuüben. Ebenso soll der Nahostkonflikt nicht das Hauptthema der Euro-Mediterranen Partnerschaft (EMP) sein.

Ein weiterer starker Akteur in der Region ist *Ägypten*. Kairo hat Einfluss auf den Nahost-Friedensprozess und gilt im Rahmen der EMP als offen und kooperativ. Hier spielen freilich auch die besonderen Beziehungen Ägyptens zu den USA eine bedeutende Rolle.

*Algerien* hat besonderes wirtschaftliches Gewicht, nicht zuletzt aufgrund der Stellung als unter den MENA-Staaten wichtigster Rohstofflieferant für die EU: Rund 95 Prozent des algerischen Öl- und Gasexportes fließen in die EU. Generell haben daher die Anrainerstaaten des westlichen Mittelmeeres weitaus mehr Einfluss im Rahmen der EMP als jene des Nahen Ostens. Dies ist auf die großen Rohstoffvorkommen in Nordafrika zurückzuführen, aber vor allem auch auf die instabile Lage im Nahen Osten. Solange dort politische Instabilität herrscht, wird der politische Einfluss des Nahen Ostens deutlich geringer sein als der der nordafrikanischen Staaten.

Eine interessante Entwicklung ist derzeit auch in *Libyen* zu beobachten. „Langzeitrevolutionsführer“ Muammar Gaddafi entschied sich jüngst zur Zahlung von Entschädigungsleistungen nach dem Terroranschlag auf ein amerikanisches Passagierflugzeug über dem schottischen Lockerbie. Er führt sein Land dadurch ans Ende der wirtschaftlichen Sanktionen und damit auch aus der politischen

<sup>1</sup> Am 25.6.2001 haben in Luxemburg die Europäischen Gemeinschaften und ihre Mitgliedsstaaten und die Arabische Republik Ägypten das Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommen unterzeichnet.

Isolation. Auf Ebene der EU gibt es bereits erste positive Annäherungen in dieser Thematik. Da Libyen im Rahmen der EMP lediglich den Status eines Beobachters besitzt, bleibt abzuwarten, ob Tripolis sein Engagement im Rahmen des BP ausbauen möchte.

Weitere besondere Akteure im Rahmen der EMP sind *Zypern* aufgrund des Beitritts zur EU und die *Türkei* hinsichtlich der noch offenen Beitrittsverhandlungen. Auf diese beiden Länder soll aufgrund ihrer speziellen Positionierungen später genauer eingegangen werden.

Das zentrale regionalpolitische Problem besteht im Fehlen kooperativer regionaler Strukturen und Institutionen der Zusammenarbeit, was wiederum negative Auswirkungen in Form von wachsender Instabilität auf politischer, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Ebene hat. Als einzig namhafte Institution kann die *Arabische Liga* genannt werden.<sup>3</sup> Während die Arabische Liga etwa den Konflikt zwischen dem Irak und Kuwait von 1963 weitestgehend selbst lösen konnte, war sie 1990 gleichsam paralysiert. Auch hinsichtlich der jüngsten Ereignisse im Irak war von Seiten der Arabischen Liga kein konkretes Echo vernehmbar.

Andere aktuelle Konflikte wie der Sahara-Konflikt in Nordwestafrika drohen in Zukunft ungelöst zu bleiben. Das gilt auch für die

bereits erwähnten Spannungen zwischen Israel und Palästina, den Syrien-Libanon-Konflikt oder die unsichere Lage in Ägypten. Auch die aktuellen Entwicklungen des israelisch-syrischen Verhältnisses infolge eines israelischen Luftangriffes auf syrisches Gebiet schädigen einerseits die Nahost-Friedensbemühungen sowie andererseits die bilateralen Beziehungen zwischen den zwei Staaten generell.

Paradoxerweise bestand während der kritischen Periode des Kalten Krieges eine gewisse Balance im Mittelmeerraum – sowohl zwischen Europa und den MENA-Staaten als auch unter den MENA-Staaten selbst. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und durch die Beendigung des Kalten Krieges fehlt diese Balance, und das führt zu stärkerem Ungleichgewicht und höherer Instabilität. Die Staaten stehen nun vor einer doppelten Herausforderung: erstens den internen Demokratisierungs- und Reformprozessen und zweitens der externen Haltung vis-à-vis den USA und dem Kampf gegen den Terrorismus.

## 1.2. Die Beziehungen weiterer Organisationen zur Mittelmeerregion

Neben den Beziehungen der EU mit den MENA-Staaten im Rahmen der EMP sind auch zwei Sicherheitsorganisationen in der Region besonders aktiv. Insbesondere die NATO hat die sicherheitspolitische Relevanz des Mittelmeerraumes erkannt und in Form einer Kooperation aufgegriffen. Dabei wird betont, dass sich das Interesse der NATO am Raum „Greater Middle East“<sup>4</sup> erhöht.

Im Dezember 1994 einigten sich die damaligen NATO-Mitgliedsstaaten zur Errichtung eines Mittelmediterranean Dialoges (NATO's Mediterranean Dialogue) mit sieben Nicht-NATO-Staaten im mediterranen Raum (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Mauretanien, Marokko und Tunesien). Nach Meinung des NATO-Bündnisses steht die

---

<sup>2</sup> Der Barcelona-Prozess (1995), auch als Barcelona-Deklaration bezeichnet, darf nicht mit der Barcelona-Konvention (1976) verwechselt werden, welche sich mit Einigungen in Umweltbereichen befasst.

<sup>3</sup> Die Arabische Liga (AL) zählt 22 Mitgliedsstaaten (Ägypten, Irak, Jemen, Jordanien, Libanon, Saudi-Arabien, Syrien, Algerien, Bahrein, Djibouti, Katar, Komoren, Kuwait, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Palästina bzw. die PLO, Somalia, Sudan, Südjemen, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate). Ziele der AL sind:

- Förderung der Beziehungen der Mitgliedsstaaten auf politischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet,
- Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität der Mitgliedsstaaten und der arabischen Außeninteressen,
- Anerkennung Palästinas als unabhängiger Staat sowie
- Verhütung und Schlichtung von Streitfällen der Mitglieder untereinander.

Sicherheit Europas in engem Zusammenhang mit der Sicherheit im mediterranen Raum. Der mediterrane Dialog dient generell als Instrument der Vertrauensbildung. Der NATO-Mediterrane Dialog versteht sich darüber hinaus als Komplement zum BP und zum Friedensprozess im Nahen Osten, und er verfolgt eine progressive Strategie, das heißt Offenheit zur Aufnahme weiterer Partnerstaaten.

Primär ist der Dialog bilateral aufgebaut (19+1), jedoch sind regelmäßige multilaterale Treffen (19+7) ebenfalls üblich.

Auf dem NATO-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Washington 1999 wurde die Dimension des Dialoges weiter ausgebaut. So wurden die Weichen in Richtung eines jährlichen Arbeitsprogramms zur Kooperation in folgenden Bereichen gestellt: Information und Presse, Wissenschaft und Umwelt, Verteidigungspolitik und Strategie, Small Arms & Light Weapons, Zivilschutzprogramme, Krisenmanagement und andere militärische Aktivitäten.

Seit 1975 unterhält auch die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) besondere Beziehungen zu sechs Staaten der Mittelmeerregion (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Marokko, Tunesien). Seit 1995 finden jährlich Seminare statt, welche ähnlich dem BP in drei Themengebiete unterteilt sind: den politisch-militärischen Aspekt, die wirtschaftliche und die humanitäre Dimension. Das letzte dieser Seminare fand am 20. Oktober 2003 in Aqaba/Jordanien statt. Dort wurde der Vorschlag gemacht, die Kooperation auf weitere Staaten auszudehnen und die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere mit der EU und dem BP zu intensivieren.

## 2. Sicherheitspolitische Problemstellungen und Herausforderungen

### 2.1. Externe Probleme für die EU

Die Hauptprobleme in der Region haben einerseits *politische und soziale Gründe*. Dazu gehören *ethnisch-religiöse Spannungen* unter den einzelnen Staaten, beispielsweise zwischen Israel und den arabischen Staaten. Allein in der Stadt Jerusalem beanspruchen radikale Anhänger von drei monotheistischen Weltreligionen den religiösen Führungsanspruch in der Stadt. Dies führt zu Ausschreitungen und gewalttätigen Aktionen fanatischer Extremisten.

Doch nicht nur religiöse oder politische Gründe sind für die schwierige Situation im Mittelmeerraum verantwortlich. Die ganze Region kämpft mit großen *wirtschaftlichen Schwierigkeiten*, die aufgrund der harten Bedingungen insbesondere in Nordafrika für die wachsende Instabilität verantwortlich sind. Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen dem „Norden“ (Europa) und dem „Süden“ (den MENA-Staaten) ist zusätzlich ein Faktor sicherheitspolitischer Probleme.

Aufgrund des starken *Bevölkerungswachstums* und der kritischen *klimatischen Situation* in der Region ist vor allem der akute Wassermangel Hauptursache für die ökonomische Problematik. Durch mangelnden Niederschlag kommt es zu weitläufiger Bodenerosion, die den Ackerbau de facto unmöglich macht. Dies führt in einen folgenschweren Kreislauf, da aufgrund der *Wasserknappheit* die landwirtschaftliche Nutzung der Region äußerst beschränkt ist. In weiterer Folge flüchten zahlreiche Bevölkerungsgruppen, vor allem die jüngere Generation, in die Städte, wo sie sich bessere Lebensqualität und Beschäftigung erhoffen. So bleibt das Land un bebaut und verkarstet, während es gleichzeitig in den Städten zu Bevölkerungsexplosion, Nahrungsknappheit

---

<sup>4</sup> Der südliche Krisenbogen des östlichen Mittelmeeres bis einschließlich Afghanistan.

und politischen Spannungen kommt. Während weite Teile der Mittelmeerregion unter akuter Wasserknappheit zu leiden haben, werden andere Gebiete immer wieder von *Hochwasserkatastrophen* heimgesucht, wie beispielsweise Algerien und Ägypten im November 2001.

Neben diesen Naturkatastrophen in Form von Dürre einerseits und Überschwemmungen andererseits erschüttern Erdbeben und *geophysische Katastrophen* wie Vulkanausbrüche ganze Gebiete. So wurden im Mittelmeerraum während des letzten Jahrhunderts über 60 größere Erdbeben registriert.

Die regionale Wirtschaft kann sich aufgrund dieser Mischung aus ethnisch-religiösem Extremismus, Wasser- und Nahrungsknappheit sowie Bevölkerungswachstum nicht mehr ausreichend entwickeln. Die Population wächst um etwa sieben Prozent pro Jahr, und Experten rechnen im Jahr 2025 mit einer Bevölkerung von über 350 Millionen Einwohnern im Mittelmeerraum. Dabei werden um die 30 Prozent der Bevölkerung jünger als 15 Jahre alt sein, was in der Folge verheerende Auswirkung auf den Arbeitsmarkt haben wird<sup>5</sup>.

Die Folge wären starke Migrationschübe in die Staaten der EU sowie die damit verbundenen Probleme, beispielsweise ethnische und kulturelle Spannungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in den einzelnen europäischen Ländern. Diese Spannungen führen dann auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und Übergriffen.

Daraus ergibt sich folgende Asymmetrie des mediterranen Raumes: Während der wachsende Bevölkerungsstrom nach Europa von den EU Staaten als „Sicherheitsdilemma für die EU“ bezeichnet wird, gilt für die Staaten Nordafrikas und des Arabischen Raumes hingegen das „Überlebensdilemma

Mittelmeerraum“<sup>6</sup>. Während also die Mittelmeerregion für die EU eine externe sicherheitspolitische Herausforderung darstellt, sehen die MENA-Staaten dies als interne Problemstellung. Dies wird sich allerdings ändern, sobald Zypern und Malta EU-Mitglieder sind und die Beitrittsgespräche mit der Türkei konkretere Gestalt annehmen werden. Damit wird aus der externen Themenstellung ein interner Tagesordnungspunkt für die EU. (Der Aspekt der EU-Erweiterung innerhalb dieser Region wird unten noch näher ausgeführt.)

In diesem Sinne ist es für die EU von großer Bedeutung, neben den sicherheitspolitischen Aspekten auch jene der „*soft security*“ sowie die Dialogbereitschaft zu verstärken, um mehr Stabilität in der Region zu schaffen und das gegenseitige Misstrauen zwischen den nördlichen (EU-Mitglieder) und den südlichen (MENA-Staaten) Mittelmeeranrainern abzubauen. (Dies trifft insbesondere auf die sozial-kulturelle Partnerschaft zu.)

Eines der größten Hindernisse für die Umsetzung des BP ist der *Nahostkonflikt*. Die EU befindet sich hier in einer Zwickmühle, da einerseits die derzeitigen Verhandlungen und Initiativen für einen eigenen, lebensfähigen, demokratischen und unabhängigen Staat der Palästinenser zur Beendigung der Besetzung der palästinensischen Gebiete führen sollen. Auf der anderen Seite soll auch der israelischen Bevölkerung das Recht auf ein Leben in Frieden und Sicherheit innerhalb von international anerkannten Grenzen zugesichert werden.

Seit den Ereignissen vom 11. September 2001 und dem daraus resultierenden Kampf gegen den Terrorismus haben sich die Schwierigkeiten auf beiden Seiten jedoch gravierend zugespitzt. Dies hatte zwei Auswirkungen – primär für die Region, aber auch für die EU: Erstens scheinen die USA

---

<sup>5</sup> Sven Biscop, *Euro-Mediterranean Security: A Search for Partnership*, Ashgate 2003.

---

<sup>6</sup> Hans Günter Brauch, *Euro-Mediterrane Partnerschaft im 21. Jahrhundert – Langfristige Herausforderungen an die Mittelmeer-Politik der EU*, in: Erich Reiter (Hg.), *Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 2000*, Hamburg-Berlin-Bonn 2000.



nunmehr wieder stärker an einer Beilegung des Konfliktes interessiert zu sein, wenn auch vorwiegend als strategischer Partner Israels und nicht als neutraler Akteur. Zweitens ist auch Europa weitaus stärker als zuvor gefordert, sich mit diesem Aspekt der internationalen Beziehungen stärker auseinander zu setzen. Genau hier ist die schwierige Positionierung Europas ersichtlich: Aufgrund der Tatsache, dass die EU der größte „Geber“ in der Region ist, sind die Entwicklungsprojekte der EU unerlässlich, um eine – wenn auch nur schwach – funktionierende Wirtschaft aufzubauen. Hier stellt sich das erste Problem, dass nämlich die EU die humanitären Verpflichtungen der Besatzungsmacht für diese übernimmt. Auf der anderen Seite, wird die EU seitens der israelischen Führung beschuldigt, mit ihrer Unterstützung den Terrorismus im Land indirekt zu fördern. Dies trifft bedauerlicherweise teilweise auch zu, da es oftmals zum Missbrauch von EU-Förderungen zu Gunsten terroristischer Organisationen im Westjordanland kommt. Ein völliges Einfrieren der Hilfszahlungen würde jedoch eine humanitäre Katastrophe für die gesamte Region nach sich ziehen.

Ziel der wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung ist es, auf der einen Seite die Palästinensische Bevölkerung so weit zu motivieren, dass im Zuge der Schaffung von besseren Lebensumständen der Friedensprozess fortgesetzt werden kann. Gleichzeitig soll Israel vor Augen geführt werden, dass ein stabiler und erfolgreicher Staat Palästina auch in nationalem israelischem Interesse liegt.

Tatsächlich jedoch hat sich gezeigt, dass die zweite Intifada die Spirale der Gewalt, der Armut und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs weiter gedreht und speziell die Lage für die Palästinenser verschlechtert hat. Doch auch die israelische Antwort hat der eigenen Wirtschaft nicht geholfen, sondern in der gesamten Region nachhaltigen Schaden verursacht.

Somit bleibt der Europäischen Union lediglich das politische Werkzeug der „soft politics“, das heißt der humanitären Hilfe und der Friedensappelle, um Stabilität und Sicherheit im Nahen Osten zu implementieren. Als problematisch erweist sich dabei die Tatsache, dass die Golfregion das einzige Gebiet ist, in welchem die EU-Kommission keine diplomatische Delegation besitzt.<sup>7</sup> Insofern dient der BP nicht unbedingt als politisches Druckmittel.

Der Nahostkonflikt stellt eine der Hauptherausforderungen für den BP dar, soll aber nicht die anderen Anstrengungen des BP blockieren. Es gilt den gesamten Mittelmeerraum zu stärken und als sicheren Partner aufzubauen. So ist der BP neben der UNO auch die einzige sicherheitspolitische Plattform, auf welcher sich beide Seiten – Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde – als gleichberechtigte Partner am Verhandlungstisch gegenüber sitzen.

Auch das Fehlen einer kohärenten umfassenden Politik im Arabischen Raum selbst, wo einzelne Arabische Staaten heterogene Positionen vertreten, ist als Hindernis einzustufen.

## 2.2. Interne Probleme für die Mittelmeerpolitik der EU

Ein weiteres Problem innerhalb des Mittelmeerraumes besteht in den Unstimmigkeiten unter den EU-Mitgliedsstaaten aufgrund divergierender Präferenzen:

- Stärkeres Interesse am Mittelmeerraum besteht vor allem in jenen EU-Staaten, die der Region geografisch am nächsten gelegen sind, etwa in Spanien oder Griechenland. Der bilaterale Streit zwischen Marokko und Spanien um einen größeren Fels im Mittelmeer, die so genannte Petersilieninsel (Perejil oder Leila), im Jahre

---

<sup>7</sup> Felix Neugart & Tobias Schumacher, *The EU's Future Neighbourhood Policy in the Middle East. From the Barcelona Process to a Euro Middle East Partnership*, University of Munich & European University Institute, Florence 2003.

2002 hat relativ deutlich gezeigt, mit welchen geografischen und historischen Problemen die Mittelmeer-Partnerschaft immer noch konfrontiert ist. Dazu kommen:

- unterschiedliche Handlungskriterien (z.B. Demokratisierung/Menschenrechte, Öl, Gas, Handelsbeziehungen),
- spezielle historische Verbindungen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und mediterranen Staaten (z.B. Frankreich und Algerien) und
- Konflikte zwischen EU-Mitgliedsstaaten und mediterranen Staaten (z.B. Griechenland und Türkei in der Frage um den EU-Beitritt Zyperns).

Der BP steht drei zentralen politikbestimmenden Aspekten im Mittelmeerraum gegenüber:

- Erstens herrscht ein unterschiedliches sicherheitspolitisches Denken in Europa und den MENA-Staaten. Europa verfolgt eine multilaterale Strategie im Rahmen von sicherheitspolitischen Organisationen wie der OSZE, der NATO oder der ESVP, während die MENA-Staaten unilaterale Ansätze mehr Gewicht beimessen, um so bestmögliche Positionen für ihre eigenen Interessen erzielen zu können.
- Zweitens bestehen Unstimmigkeiten und Konflikte unter den südlichen Staaten der EMP. Das militärische Ungleichgewicht zwischen Israel und anderen Arabischen Staaten ist nur eines der Beispiele, welche die Differenzen unter den eigentlichen Partnern so drastisch aufzeigen.
- Drittens bestehen divergierende Interessen innerhalb der EU. Obwohl der Mittelmeerraum eine sicherheitspolitische Herausforderung für die gesamte Union darstellt, verfolgen die nördlichen Mitglieder weitgehend andere Interessen als die südlichen Mitgliedsstaaten. Dies ist ein weiterer Grund, warum der BP bisher nur schleppend vorangetrieben werden konnte.

### 3. Die Mittelmeerpolitik der EU

Die Mittelmeerpolitik der EU kann in unterschiedliche Phasen unterteilt werden: Einerseits sind da zunächst rein wirtschaftliche Bemühungen, andererseits der Rahmen des BP und die Initiativen der letzten EU-Ratspräsidentschaften. Ein wesentlicher Punkt der jüngsten Entwicklungen ist der so genannte Optionenbericht, welcher konkrete Strategien der EMP formuliert.

Als Lösungsansatz zur Überwindung der sicherheitspolitischen Instabilität soll die Schaffung einer Freihandelszone dienen. Zu Beginn war die EMP von rein wirtschaftlichen Interessen geprägt, welche ihren Höhepunkt nach 1973, zur Zeit des Yom Kippur-Krieges und der Ölkrise fanden. Aufgrund der damaligen Umstände war Westeuropa schnell klar, dass ein euro-arabischer Dialog unausweichlich ist. Bis 1990 bestand dieser Dialog daher weitgehend aus wirtschaftlicher Kooperation, während die politisch-militärische Komponente de facto nicht existierte.

Erst auf dem Europäischen Ratstreffen auf Korfu 1994 kam es zu Ansätzen, welche die Beziehungen der EU mit dem Mittelmeerraum verbessern und intensivieren halfen, um zu den europäischen Anstrengungen in Zentral- und Südosteuropa Symmetrien zu erreichen. Konkrete Gestalt nahm die EMP schließlich während der spanischen Ratspräsidentschaft 1995 im Zuge der Euro-Mediterranen Konferenz in Barcelona an, wo drei Hauptinteressen der EU im Mittelmeerraum dominierten: die EU vor militärischen Bedrohungen zu schützen, potenziellen „Süd-Süd“-Konflikten (zwischen den MENA-Staaten) vorzubeugen sowie bestehende Konflikte in der Region einzudämmen.

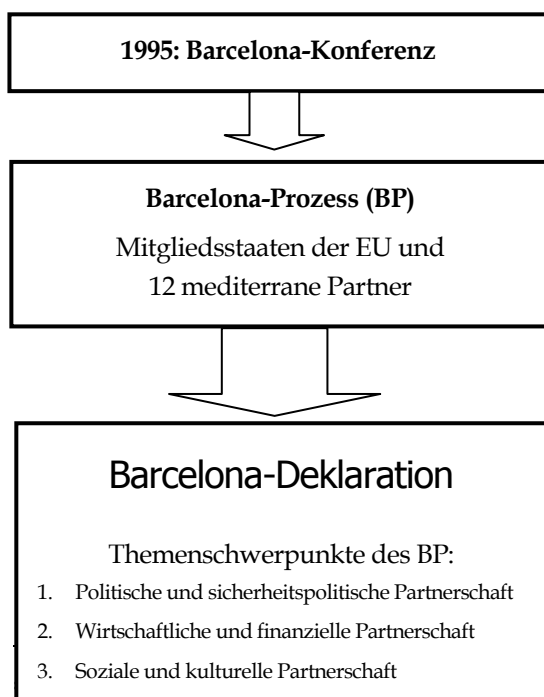
### 3.1. Der Barcelona-Prozess

In seiner Erklärung beim Europäischen Rat in Thessaloniki im Juni 2003 machte der Hohe Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, klar, dass die EU nicht nur im Osten, sondern auch im Mittelmeerraum von verantwortungsvoll geführten Staaten umschlossen wird, mit welchen die EU enge und auf Zusammenarbeit ausgerichtete Beziehungen pflegen kann. Darüber hinaus betonte Solana in seiner Rede, dass der Mittelmeerraum mit ernsthaften Problemen, sozialen Unruhen und ungelösten Konflikten konfrontiert ist.<sup>8</sup> Es liegt daher im Interesse der gesamten EU, diese Probleme gemeinsam mit den Mittelmeerpartnern aufzugreifen, damit die wirtschaftliche, sicherheits- und kulturpolitische Zusammenarbeit im Rahmen des BP effizienter gestaltet werden kann.

Seit dem Beginn des BP werden drei Hauptziele (auch „Körbe“ genannt) verfolgt:

1. Die *sicherheitspolitische* Partnerschaft,
2. die *wirtschaftlich-finanzielle* Partnerschaft und
3. die *sozial-kulturelle* Partnerschaft.

Abbildung 2



Welt, Europäischer Rat – Thessaloniki 20.6.2003.

Bemerkenswerterweise ist die Umsetzung der EMP wie oben bereits erwähnt asymmetrisch. Während die 15 EU-Mitgliedsstaaten sich zuerst untereinander koordinieren, um danach gemeinsam entsprechende Vorschläge den Gremien der EMP unterbreiten zu können, verfügen die südlichen Nachbarn nicht über einen derartigen Mechanismus. Jedes Land tritt individuell an die EMP heran, um ihre eigenen, nationalen Sichtweisen besonders hervorheben zu können.

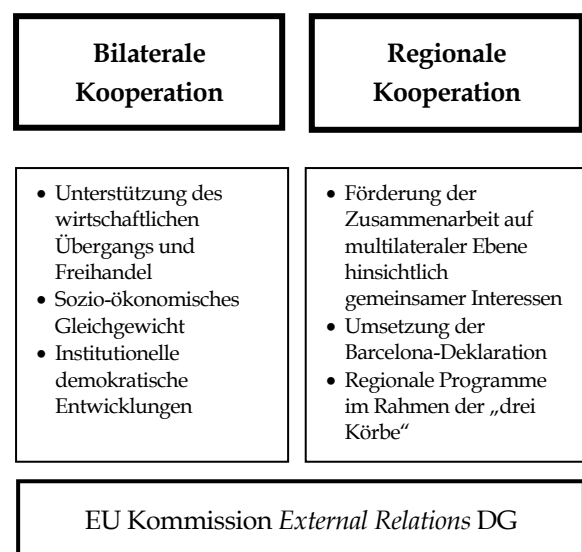
Dieses institutionelle Problem ist ein markantes Beispiel für den Mangel an regionaler Integration unter den Partnern, welchen die EU im Rahmen dieser Kooperation beseitigen möchte.

Dabei sind die Beziehungen der EU zu den mediterranen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens in zwei Phasen unterteilt:

1. MEDA I (1995–1999),
2. MEDA II (2000–2006).

Das MEDA<sup>9</sup>-Programm ist das finanzielle Instrument der EU, um den BP umsetzen zu können; es hat eine doppelte Aufgabenstellung – auf bilateraler und auf regionaler Ebene:

Abbildung 3



<sup>9</sup> Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer.

Bislang war die primäre Zielsetzung der Europäischen Sicherheitspolitik im Mittelmeerraum die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Absatzmärkten sowie die Kontrolle der illegalen Migration.

Nun liegt das Interesse der Mittelmeer-Dimension der ESVP darin, potenzielle Konflikte mittels gezielter und langfristiger Kooperation zu verhindern und der Gefahr von terroristischen Aktionen entgegenzuwirken. Dies soll vor allem mittels wirtschaftlicher Unterstützung und Aufbau ziviler Einrichtungen stattfinden. Ziel der Union ist es, den Mittelmeerstaaten hierbei Hilfestellung zu gewähren; dabei soll sich der Raum aber, soweit das möglich ist, unabhängig entwickeln. Interessant hierbei zu beobachten ist beispielsweise der unterschiedliche Gebrauch der Sprache seitens der USA und der EU, wenn es sich um die Frage der Bekämpfung des Terrorismus handelt: Während die US-Regierung von der so genannten „Axis of Evil“ spricht, verwendet die EU in ihrer Politik in diesem Raum bewusst die Bezeichnung „Axis of Dialogue and Cooperation in the Domain of the Terrorism“<sup>10</sup>.

Gemäß Artikel 8 der „Common Mediterranean Strategy“<sup>11</sup> (CMS) versucht die EU, mit Hilfe einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Kooperation mit den mediterranen Staaten stabilitätsfördernde Maßnahmen in der Region zu setzen. Eine Art Maßnahmenkatalog zur Förderung der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus bildet dabei einen zentralen Bestandteil.

Als besondere Schwierigkeit stellt sich heraus, dass die EMP unter mangelnder Differenzierung leidet. Alle MENA-Staaten

scheinen in einen Korb geworfen zu werden, was für die fortgeschrittenen Staaten im Vergleich zu den sich langsamer entwickelnden Ländern Hindernisse aufwirft.

Darüber hinaus existiert ein Mangel an positiver Konditionalität. Erst die Voraussetzung eines politischen Ziels ermöglicht es dem Staat, Unterstützungsleistungen zu erlangen, wenn er Schritte in Richtung Demokratisierung und Reformen setzt.

Eines der Hauptprobleme für eine effiziente Umsetzung der EMP ist die Tatsache, dass der BP besonders vom Engagement des jeweiligen Landes abhängt, das die EU-Ratspräsidentschaft aktuell innehält. So haben die europäischen Mittelmeerränderstaaten der EU ein weitaus größeres Interesse an dieser Region als beispielsweise die nördlichen Mitgliedsstaaten. Die komplizierten bürokratischen Abläufe in Brüssel und die relativ träge Entscheidungsfindung der EU machen eine konkrete und dauernde Implementierung des BP in der sicherheitspolitischen Agenda der Union äußerst schwierig.

### **3.2. Die Entwicklungen während der letzten EU-Ratspräsidentschaften**

Aufgrund der oben genannten Probleme in der Mittelmeerregion und im Hinblick auf die bisherigen Initiativen der EU ergibt sich die Forderung nach einem stärkeren Engagement der Union. Ein solches ist während der vergangenen EU-Ratspräsidentschaften bereits zu bemerken.

Seit der spanischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2002 veranstalten die EU-Ratspräsidentschaften regelmäßig Seminare, im Zuge derer unter Teilnahme der EU-Mitgliedsstaaten und der MENA-Staaten sicherheitspolitische Aspekte besprochen und bewertet werden. Als konkrete Ergebnisse sollen die Weiterführung und Intensivierung der Gespräche sowie mögliche Kooperationen im Bereich militärischer Übungen erzielt werden.

---

<sup>10</sup> Euro-Mediterranean Partnership, Monthly Calendar of the Barcelona Process, European Commission, External Relations DG (Unit F.2), Mai 2002.

<sup>11</sup> European Parliament Resolution on the Common Strategy of the European Union on the Mediterranean Region, as laid down by the Feira European Council of 19. June 2000. (C5-0510/2000 – 2000/2247(COS)).

Während der *spanischen Ratspräsidentschaft* 2002 wurde betont, dass der Mittelmeerraum grundsätzlich nicht als potenzielle Bedrohung für die EU interpretiert wird, sondern vielmehr ein gemeinsamer Weg gefunden werden soll, um Sicherheit und Stabilität in der Region zu erzielen. Maßnahmen dabei sind die Krisenfrüherkennung und die Teilnahme der mediterranen Partner an EU-geführten Krisenmanagementoperationen. In diesem Rahmen veranstaltete das spanische Verteidigungsministerium im Mai 2002 erstmals ein Seminar zum Thema: „Mediterranean Dimension of the European Security and Defence Policy (ESDP), and the Spanish Presidency of the European Union“.

Die *griechische Ratspräsidentschaft* schlug vor, ein eigenes Büro in Brüssel einzurichten, das sich ausschließlich mit Aufgaben der mediterranen Partnerschaft beschäftigt. Dies soll den regelmäßigen und leichten Zugang für die MENA-Staaten gewährleisten und die Integration fördern.

Vor allem machte sich die Griechische Ratspräsidentschaft die Verstärkung der Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Bereichen (wie beispielsweise im Kampf gegen den internationalen Terrorismus) und eine regionale Stabilitätsförderung zum erklärten Ziel. Dabei wurde die Notwendigkeit betont, auf die mediterrane Partnerschaft mehr Gewicht zu legen und die staatliche Präsenz zu fördern. Der griechische Verteidigungsminister Papantoniou bezeichnete die ESVP gar als „Außenpolitik auf zweiter Achse“<sup>12</sup> und hob die Fortführung der Kooperation hervor.

Damit machte Griechenland deutlich, dass die Sicherheitsprobleme im Mittelmeerraum auch internationale Probleme darstellen und daher gemeinsame Arbeit unbedingt erforderlich ist.

Im Programm der aktuellen *italienischen Ratspräsidentschaft* wird der Dialog mit den Mittelmeeranrainern als besonders relevant für

die weitere Entwicklung der ESVP definiert. Dabei betont Italien, dass sich die EU gleichermaßen auf die Staaten des mediterranen Dialoges wie auf die Beitrittskandidaten konzentrieren soll. Die Position der MENA-Staaten in der Diskussion um EU-Erweiterung und Ausbau der Partnerschaft gewinnt damit an Gewicht. Italien zeigt deutlich, dass der BP aktiv weitergeführt werden soll.

Es ist die Absicht der italienischen Ratspräsidentschaft, eine Reihe von Initiativen zu beginnen, die unter anderem gemeinsame Trainingsprogramme und gegenseitige Besuche beinhalten. Ziel ist es, ein besseres Verständnis für die ESVP in den südlichen mediterranen Staaten aufzubauen.

Allerdings besteht nun die Gefahr, dass das am 25. September 2003 in Rom stattgefundenene Seminar das letzte seiner Art gewesen ist, da mit den folgenden EU-Ratspräsidentschaften nördliche Mitgliedsstaaten den Ratsvorsitz übernehmen werden. Erst 2007 übernimmt mit Portugal wieder ein Mediterranes Land die EU-Ratspräsidentschaft. Es ist jedoch fraglich, ob nach dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedsstaaten und nach der Reform der EU-Verfassung das Rotationsprinzip der Präsidentschaften in dieser Form weitergeführt wird.

Hinsichtlich der *irischen Ratspräsidentschaft* während der ersten Hälfte 2004 muss daher mit einer deutlichen Abnahme der Diskussion in der Union gerechnet werden. Die Partnerschaft mit den südlichen Anrainern des Mittelmeeres ist zwar auch Irland ein großes Anliegen, obwohl Dublin bisher noch keinen Vertreter zu den vergangenen Seminaren entsandt hat, jedoch plant Irland keine Weiterführung dieser Seminare. Am 6. Mai 2004 findet allerdings ein informelles Treffen der EU-Außenminister in Dublin statt, wo auch die Euro-Mediterrane Partnerschaft auf der Agenda stehen wird. Zusätzlich hat

---

<sup>12</sup> EU Seminar: The Mediterranean Dimension of the European Security and Defence Policy, Rhodos 1.-2.11.2002.

Irland seine Absicht bekundet, ein Troika-Treffen des Politisch- und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) mit den mediterranen Partnern Ende März oder Anfang April 2004 abzuhalten.

Dennoch bleibt offen, wie groß das zukünftige Engagement in dieser Thematik generell sein wird. Mit Spanien, Griechenland und Italien hatten Mittelmeeranrainerstaaten die EU-Ratspräsidentschaft inne. Da Irland schon aus geografischen Gründen andere Interessen verfolgen wird, ist der weitere Prozess der Euro-Mediterranen Partnerschaft unklar.

Nach Irland übernehmen EU-Mitgliedsstaaten die Ratspräsidentschaft (Niederlande, Luxemburg, Großbritannien, Österreich, Finnland und Deutschland) welche andere außen- und sicherheitspolitische Interessen verfolgen als die EU-Mittelmeerstaaten. Diese Konstellation trat bereits 1995 und 1996 ein, als nach Frankreich, Spanien und Italien die Mitgliedsstaaten Irland, Niederlande und Luxemburg die Ratspräsidentschaft übernahmen. Die Akteure des südlichen Mittelmeerraumes hegten damals die Befürchtung, dass das Interesse der EU im Mittelmeerraum aufgrund der geografischen Lage der Ratspräsidentschaften schwinden könnte. Im Juni 1998 versuchte es Großbritannien dann mit einer neuen Strategie in Form eines informellen Treffens in Palermo. Obwohl dieses Treffen als erfolgreich eingestuft werden kann, da es in der lockeren informellen Atmosphäre zu einem konstruktiven Meinungs austausch gekommen ist, wurden keine konkreten Entscheidungen und Verbindlichkeiten getroffen.

### 3.3. Der Optionenbericht

Im April 2002 fand in Valencia die 5. Euro-Mediterrane Außenministerkonferenz statt, die jedoch von der damals aktuellen Entwicklung der Lage im Nahen Osten überschattet wurde. Auf dieser Konferenz wurde der so genannte Aktionsplan („Action Plan“) beschlossen, mit dem konkrete kurz- sowie langfristige Initiativen festgelegt wurden, die den poli-

tischen Dialog weiter stärken sollen<sup>13</sup>. Weiters beinhaltet der Aktionsplan die Entwicklung wirtschaftlicher, kommerzieller und finanzieller Kooperation sowie die Weiterführung von sozialer und kultureller Zusammenarbeit. Sicherheitspolitisch wurde bewusst die Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus betont. Die Minister einigten sich auf ein „Framework Document“, welches die Kooperation im Bereich Justiz sowie im Kampf gegen Drogen, organisiertes Verbrechen und Terrorismus besonders hervorhebt. Darüber hinaus beinhaltet das Dokument auch Maßnahmen zur sozialen Integration von Zuwanderern, dem so genannten „Movement of People“.

Im Einklang mit dem „Valencia Action Plan“ wurde im Februar 2003 in Brüssel ein Konzept, der so genannte Optionenbericht („Option Paper“<sup>14</sup>), erstellt, der konkrete Themen und Strategien für eine erfolgreiche zukünftige Zusammenarbeit im Bereich der ESVP festlegen soll. Dabei soll dem Europäischen Rat die Möglichkeit gegeben werden, einzelne mediterrane Partnerstaaten einzuladen, an EU-geführten Krisenmanagementoperationen teilzunehmen und die Kooperation im Rahmen gemeinsamer Trainingsaufgaben zu verbessern.

Um diese Zusammenarbeit erfolgreich erzielen zu können, wurden im Optionenbericht folgende Vorschläge zur Implementierung gemacht:

- Regelmäßige Treffen zwischen der EU-Troika und den Missionschefs der mediterranen Partner sollen einmal pro Ratspräsidentschaft stattfinden.

---

<sup>13</sup> Siehe dazu auch den Entschließungsantrag, eingereicht im Anschluss an die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Ergebnissen der Europa-Mittelmeer-Ministerkonferenz vom 22. und 23. April in Valencia.

<sup>14</sup> Option Paper - Dialogue and Co-operation on the European Security and Defence Policy, ESDP, between the EU and Mediterranean Partners, Council of the European Union, 6276/1/03 Rev 1, Brüssel, 19.2.2003.

- Jedes mediterrane Partnerland hat die Möglichkeit, mit dem Generalsekretariat des Rats und der Kommission Kontakt aufzunehmen und Information zu Krisenmanagementverfahren auszutauschen.
- Alle sechs Monate soll ein Expertentreffen mit Vertretern der Präsidentschaft und des Sekretariats sowie Vertretern der EU-Mitgliedsstaaten und Experten der Kommission stattfinden.
- Dass EU Institute for Security Studies in Paris ist beauftragt, verschiedene gemeinsame Programme (Seminare und andere Aktivitäten) zu prüfen und dem PSK zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Das Ziel dieses Optionenberichts ist, die Aktivitäten im Rahmen des PSK zu leiten – mit Unterstützung der relevanten regionalen Arbeitsgruppen. Darüber hinaus soll der weitere Verlauf des Prozesses unter regelmäßiger Überprüfung des PSK stehen.

Der Optionenbericht im Rahmen der ESVP kann aufgrund der genannten Punkte sicherlich als erfolgreich eingestuft werden – wenn allerdings nur zum Teil. Es handelt sich dabei lediglich um Vorschläge und Vorgaben, die jedoch nicht implementiert wurden. Einige EU-Mitgliedsstaaten messen diesem Bericht allzu viel Gewicht bei, während andere, nördlichere Staaten weniger Handlungsbedarf in diesem Bereich erkennen. Es bleibt weiterhin ungeklärt, ob die Mittelmeerdimension der ESVP auch in den nächsten, nicht-mediterranen EU-Ratspräsidentschaften eine ähnliche Beachtung findet wie bisher. Es ist wie gesagt eher nicht zu erwarten, dass die unter den letzten EU-Präsidentschaften stattgefundenen Seminare (Barcelona 2002, Rhodos 2002, Korfu 2003, Rom 2003) in dieser Form weitergeführt werden.

Eines der Hauptziele dieser Veranstaltungen war die Institutionalisierung der Seminare, um so einen regelmäßigen Meinungsaustausch der Teilnehmerstaaten einzurichten. Dieser Vorschlag findet sich zwar im Optionenbericht, allerdings deutlich abge-

schwächer als in den Seminaren angesprochen: Die Treffen sollen nicht unter Leitung der Präsidentschaften, sondern „lediglich“ in Kooperation mit diesen stattfinden.

Nachdem nun vier erfolgreiche Seminare stattgefunden haben und mit dem Optionenbericht ein erster Ansatz einer längerfristigen Strategie geschaffen wurde, ist es von großer Bedeutung, den Mittelmeerdialog der ESVP nicht schwinden zu lassen. Gerade aus sicherheitspolitischer Sicht muss die Mittelmeerstrategie der EU konstruktive Fortsetzung erfahren. Eine Institutionalisierung des Dialoges ist aus den oben genannten Gründen dabei erstrebenswert. Während im Rahmen des zweiten (wirtschaftlich-finanziellen) Korbes starke Initiativen seitens der EU gesetzt werden, müssen in den Bereichen der sicherheitspolitischen und sozial-kulturellen Zusammenarbeit zusätzliche Maßnahmen gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang fand am 1. Oktober 2003 in Brüssel das erste PSK-Troika-Treffen mit den mediterranen Partnern statt, bei dem die konkreten Vorschläge des Optionenberichts eingehend diskutiert wurden. Die Hauptanliegen der Partner waren die verstärkte Kooperation, speziell im militärischen Bereich, sowie die Umsetzung der in Paragraph 6 des Optionenberichts angesprochenen Punkte zur weiteren Zusammenarbeit. Besonders hervorgehoben wurde der Punkt, die Partnerstaaten regelmäßig über die weiteren Schritte im Rahmen des BP zu informieren. Darüber hinaus wurden bei dem Troika-Treffen verschiedene Unklarheiten diskutiert und teilweise beseitigt. So sind sich die Partnerstaaten nicht ganz im Klaren, wo die genauen Grenzen zwischen dem Engagement der EU und dem der NATO liegt. Hier wurden Befürchtungen der unnötigen Duplizierung laut. Ebenfalls wurde deutlich, dass seitens der südlichen Anrainerstaaten immer noch gewisse Skepsis gegenüber der ESVP besteht. Dies ist wohl einer der Hauptgründe, warum auf regelmäßigen Meinungsaustausch so großer Wert gelegt wird.

Ausgehend vom Optionenbericht ergibt sich sicherheitspolitisch konkreter Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- strategische Lagebeobachtung und Lageanalyse,
- Maßnahmen betreffend „Early Warning“,
- Weiterentwicklungen im Bereich Krisenprävention sowie
- vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Form von gemeinsamen Ausbildungs- und Informationsaustauschprogrammen.

Der BP hat während der vergangenen acht Jahre seit dem Beginn der Initiative sicherlich keine besonders weit entfernten Meilensteine erreicht; um von einem tatsächlichen Schritt vorwärts sprechen zu können, müssen auf „beiden“ Seiten des Mittelmeeres stärkere Anstrengungen unternommen werden, eine langfristig haltende Partnerschaft zu sichern. Dem dient im Sinne der sicherheitspolitischen Kooperation zunächst auch der volle Auf- und Ausbau des freien Handels zwischen der EU und den MENA-Staaten. In Hinblick auf die Post-Saddam-Ära im Irak sowie die generelle sicherheitspolitische Situation ist der erfolgreiche Handel eine der Grundvoraussetzungen für eine stabile Entwicklung in der Region.

Trotz der relativ geringen Errungenschaften im Rahmen des BP haben tief greifende Änderungen in der EMP stattgefunden. Die EU inkludiert in den Rahmen dieser Partnerschaft neben den arabischen Staaten auch nicht-arabische Länder (Israel, Malta, Zypern und die Türkei). Zwei dieser Staaten, nämlich Malta und Zypern, erhalten die EU-Mitgliedschaft im kommenden Jahr. Im selben Jahr sind auch Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geplant, ein Umstand der Israel vielleicht zum einzigen nicht-arabischen Partnerstaat in der EMP machen wird. Die Weiterentwicklung der EMP hinsichtlich dieses Aspektes scheint noch völlig offen.

Der Regimewechsel im Irak hat darüber hinaus maßgebliche Auswirkungen auf die

gesamte Region, insbesondere auf den Bereich des östlichen Mittelmeeres. Obwohl die EU derzeit keine wirkliche Strategie für die weitere Entwicklung im Irak besitzt, wäre ebenfalls denkbar, ein verstärktes Engagement im Rahmen der EMP zu forcieren.

Schließlich unterliegt die Nachbarschaft der EU zum Osten und zum Süden einem ständigen Veränderungsprozess. Auf lange Sicht ist daher die Teilnahme an einem gemeinsamen Markt mit den Nachbarn unausweichlich. Die EMP gilt als eine pro-aktive Strategie der EU, um mit Nachbarn zu kooperieren, die in nächster Zukunft keinen vollen Mitgliedstatus erreichen werden. Falls die Türkei der EU beitreten sollte, verlagern sich die Außengrenzen der EU bis zum Iran, zu Syrien und zum Irak. Angesichts solcher möglicher Entwicklungen gilt es bereits rechtzeitig eine Strategie und einen Handlungsrahmen zu entwickeln, um diesen neuen Herausforderungen bestmöglich begegnen zu können.

Der BP spielt auch in Hinblick auf die transatlantischen Beziehungen eine gewisse Rolle. Sowohl Europa als auch die USA erachten die Golfregion als spezielles Aufgabengebiet ihrer Außenbeziehungen. Dennoch muss hervorgehoben werden, dass die EU weitaus umfangreichere Interessen in dieser Region hat als die derzeit neo-konservative US-Regierung in Washington.

Der von den USA getragene Kampf gegen den Terrorismus hat unmittelbare Auswirkungen auf den BP und steht teilweise in einem Spannungsverhältnis zu den Zielsetzungen der traditionellen Mittelmeer-Politik der EU.

Um die EMP erfolgreich weiterführen und entwickeln zu können, bedarf es zunächst der Institutionalisierung des BP in Form von Treffen der EU-Außen- und Verteidigungsminister. Auch die regelmäßig abgehaltenen Seminare sind für die Zukunft der EMP von großer Bedeutung. Der Mittelmeerraum hat vor allem aus vier Gründen in nächster Zukunft besonderes Gewicht:



Erstens wechseln Malta und Zypern von der EMP in die vollwertige Mitgliedschaft der EU. Die Entwicklungen im Mittelmeerraum werden somit teilweise zur inneren Angelegenheit der EU.

Zweitens hat seit dem 11. September 2001 das Phänomen Terrorismus außerordentlich an Brisanz gewonnen. Die MENA-Staaten dürfen dabei nicht als Hauptverantwortliche für den Terrorismus gebrandmarkt werden. Dennoch gilt der Mittelmeerraum aufgrund der oben angeführten Problematik als einer der „Nährböden“ für den internationalen Terrorismus.

Drittens hat der andauernde arabisch-israelische Konflikt Auswirkungen auf die Union. Die Spirale der Gewalt hat indirekt Konsequenzen für die EU und kann auf lange Sicht nicht ignoriert werden. Hier könnte auch dem BP eine besondere Rolle zukommen.

Schließlich bleibt die politische Stellung der Türkei weiterhin offen. Ein vollwertiger Beitritt zur EU ist noch nicht endgültig beschlossen, und gemessen an der großen türkischen Bevölkerung innerhalb einer um die Türkei erweiterten EU wird die Türkei auch ihren Einfluss in den internationalen Beziehungen Europas ausweiten wollen.

### **3.4. Die EU-Erweiterung in der Mittelmeerregion und ihre sicherheitspolitischen Auswirkungen**

Ein gewichtiger Aspekt, der das Interesse der EU in diesem Raum besonders beeinflussen wird, ist die Erweiterung der Union mit ihren Konsequenzen für die Region, vor allem für den Raum des östlichen Mittelmeeres. Während zwei der Partnerstaaten, Malta und Zypern, ab 2004 Mitglieder der EU sein werden, bleiben die Türen der Europäischen Union für andere Staaten geschlossen. Das Beitrittsgesuch Marokkos 1986 beispielsweise wurde von der damaligen EG abgelehnt. Nach der nächsten Erweiterungsrunde sind daher die Beziehungen zu den Partnerstaaten des

Mittelmeerraumes neu zu definieren. Nicht nur die Grenzen zu Osteuropa verschieben sich und vergrößern den EU Raum – auch in Richtung Süden ergeben sich neue EU-Außengrenzen und damit neue sicherheitspolitische Herausforderungen.

Eine besondere Rolle spielt dabei sicherlich die Türkei, die einerseits den Unionsbeitritt intensiv anstrebt, andererseits jedoch Schwierigkeiten hat, den EU-Kriterien zu entsprechen. Als brisantester Umstand ist sicherlich die Besetzung Nordzyperns zu bewerten. Die führt beim kommenden Beitritt Zyperns zur EU zu der bizarren Situation, dass EU-Gebiet von einem EU-Beitrittswerber besetzt sein wird.

Andererseits brächte die EU der Türkei und damit auch weiten Teilen der Region wirtschaftlich enorme Vorteile. Nicht nur die Handelszone weitet sich aus, auch mit massiven Förderungszuschüssen in die Region kann mittel- bis langfristig gerechnet werden. Es ist daher zu erwarten, dass die EU hier insbesondere den zweiten „Korb“, die wirtschaftlich-finanzielle Partnerschaft, deutlich verstärken wird.

Unter der Niederländischen Präsidentschaft soll der EU-Rat im Dezember 2004 einen Beschluss fassen, der endgültig über einen EU-Beitritt der Türkei entscheidet. Ein weiteres Hinauszögern wie beispielsweise im Zuge des Kopenhagen-Gipfels 2002 wird dabei ausgeschlossen sein. Es ist daher durchaus in Betracht zu ziehen, dass nach der nächsten Beitrittsrunde die Beziehungen zur Türkei eher im BP Verstärkung finden könnten. Eine Gesamtreform des BP sollte daher anvisiert werden, um der Türkei in diesem Forum eine stärkere Rolle beizumessen. Dies könnte beispielsweise auch die Ausdehnung und entsprechende Adaptierung der so genannten „Vier Freiheiten“ der EU beinhalten. Insofern müsste das Interesse der Türkei nicht ausschließlich in der EU-Mitgliedschaft liegen, sondern es könnte im Rahmen einer verstärkten Mittelmeerpartnerschaft Geltung finden.

Dieser Vorschlag fand in Brüssel bereits Gehör und ist derzeit Gegenstand aktueller Überlegungen<sup>15</sup>.

Falls es also nicht zu einem Beitritt der Türkei kommen sollte, wird die EU gezwungen sein, die Beziehungen im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft zu intensivieren. Dem steht die Türkei jedoch äußerst skeptisch gegenüber, denn sie strebt eine vollwertige EU-Mitgliedschaft an. In jedem Fall gewinnt nach dem Beitritt Zyperns der türkische Mittelmeerraum strategisch an Bedeutung.

Ein Sonderfall hinsichtlich der EU-Erweiterung ist Zypern nicht nur aufgrund der Beziehung zur Türkei. Mit Zypern tritt der EU ein Staat bei, der politisch geteilt ist. Die EU „importiert“ gleichsam einen Konflikt, der sicherlich zwar bereits entschärft, jedoch von einer endgültigen Lösung noch entfernt ist.

Darüber hinaus wird mit einem verstärkten Einfluss Griechenlands bei der Weiterentwicklung der ESVP zu rechnen sein. Zypern strebt eine wichtige Vermittlerposition zwischen der EU und den Parteien des Nahost-Friedensprozesses an. Aufgrund der politischen und kulturellen Nähe Zyperns zu Griechenland wird im Rahmen der ESVP Griechenland eine besondere Rolle einnehmen.

Für die ESVP schließlich öffnen sich eine neue Aufgabenstellung und eine neue Perspektive für die Zukunft. Erstmals seit der Krise am Balkan ist die EU gefordert, Durchsetzungswillen und Entscheidungsstärke zu demonstrieren. Dabei stellt sich die Frage, ob die EU nun in der Lage ist, einen Konflikt – noch dazu auf zukünftig „eigenem Boden“ – langfristig zu lösen.

---

<sup>15</sup> Tobias Schumacher, IUE Florenz, Interview am 24.8.2003.